

Grundeinkommen und Produktsteuern – zwei sich ergänzende, neue Regelungskonzepte einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft

Hermann Meemken
www.Phönix-ev.net Berlin

Kurzfassung

Die Politik hat die Möglichkeit, mit der Erhebung und Rückverteilung des gesamten Volumens an Steuern und Abgaben die fiskalischen Rahmenbedingungen einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu schaffen. Mit diesem Staatsbudget von ungefähr fünfzig Prozent des Bruttoinlandproduktes können die freien Märkte zusätzlich im Sinne politischer Ziele gesteuert werden. Die Angebote der Unternehmen sollen über Ressourcen- und Produktsteuern, die Nachfragemöglichkeiten der Haushalte über Grundeinkommen beeinflusst werden, damit die Waren und Dienstleistungen auf den Märkten auf der Basis von freien Wahlentscheidungen der Bürger über Löhne und Preise zusammenfinden. Die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden (natürliche Ressourcen) sollen in ungefähr gleich hohem Umfang auf der Basis neuer, einfacher Bemessungsgrundlagen mit Steueraufschlägen versehen werden, um damit drei grundverschiedener Bereiche öffentlicher Aufgaben zu finanzieren. Derzeit werden Kapital und Rohstoffe zu schwach und die Arbeit entsprechend viel zu stark zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beansprucht, die Folgen sind u.a. Arbeitslosigkeit, Schwarzarbeit und eine überzogene Staatsverschuldung.

Eine allgemeine Ressourcensteuer soll sich auf den Verbrauch von Rohstoffen, die Nutzung von Boden, Luft und Wasser und auf die davon ausgelösten Umweltbelastungen (z. B. CO₂) beziehen. Die Einnahmen dienen einzig dazu, allen Mitgliedern der älteren Generation ein einheitliches, regelmäßiges Grundeinkommen (Grundrente) zu finanzieren. Die heute auf der Basis der Lohneinkommen geleisteten Einzahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung werden schrittweise abgeschafft, um so den Faktor Arbeit steuerlich um ca. zwanzig Prozent zu entlasten und zudem Raum für zusätzliche Arbeitsplätze in arbeitsintensiven Branchen zu schaffen. Die Unternehmen geben die in den Vorprodukten wirkende Steuerlast in den Preisen an die Verbraucher weiter, versuchen aber über intelligente Umweltinvestitionen gegenüber den Konkurrenten einen technologisch bedingten Kostenvorsprung zu erzielen. Die Investitionen lösen nachhaltig zusätzliche Beschäftigung in Hochtechnologiebereichen aus. Auch die Haushalte versuchen bei unveränderter steuerlicher Gesamtbelastung angesichts der politisch veränderten Preisstruktur die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen umweltfreundlicher zu gestalten.

Der Einkommenssteuertarif wird so gestaltet, daß der Freibetrag dem Grundeinkommen der jungen und alten Generation entspricht. Bei Einkommen unterhalb dieser Grenze werden z. B. die Krankenversicherungsbeiträge öffentlich finanziert. Zudem können von den Bürgern Aufwendungen für unmittelbare nachbarschaftliche oder lokale Dienstleistungen vom zu versteuern den Einkommen abgezogen werden, so daß bei allen Erwerbspersonen ein Interesse an einem offiziellen, lokalen Arbeitsmarkt besteht, bis schließlich sämtliche Erwerbspersonen das Grundeinkommen erreicht haben. Sofern die verschiedenen Steuerungsmaßnahmen insgesamt noch nicht zur Vollbeschäftigung führen, so haben die Gemeinden die Pflicht, für die verbleibenden Erwerbslosen das Mindesteinkommen über die kommunale Vermittlung von sozialen Dienstleistungen zu finanzieren. Ohne eigene Arbeit soll das Mindesteinkommen von den Erwerbsfähigen nicht zu erreichen sein.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden vollständig für die Zahlung eines einheitlichen Grund- oder Erziehungseinkommens an die Erziehungsberechtigten der Kinder und Jugendlichen ausgezahlt. Nach Schätzungen werden derzeit von öffentlichen Stellen über die vielfältigsten Kanäle insgesamt ca. einhundertsechzig Mrd. Euro an die ca. fünfzehn Mio. Mitglieder der jungen Generation transferiert, das entspricht in etwa den Einnahmen aus der Einkommenssteuer, ebenso aber auch einem monatlichen Erziehungseinkommen von ungefähr neunhundert Euro. Mit dem gleichmäßig gezahlten Erziehungsbudget werden die Früherziehung, die Vorschul- und Schulausbildung sowie die berufliche Ausbildung bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres mitfinanziert. Die Erziehungsberechtigten haben die im Grundgesetz garantierte Entscheidungshoheit und treffen Wahlentscheidungen über die optimale Verwendung des verfügbaren einheitlichen Budgets und schließen mit den Anbietern von Schul- und Berufsausbildungsangeboten freie Verträge. Dadurch können eine Vielzahl offizieller Arbeitsplätze auf lokalen Märkten für soziale Dienstleistungen geschaffen werden.

Der Kapitalanteil an der Produktion soll indirekt über einen unmittelbar erhobenen Zuschlag auf die für den Endverbrauch vorgesehenen Produkte angemessen besteuert werden, indem in jeder Branche aus dem Verhältnis von durchschnittlichem Personalkostenanteil zum Verkaufserlös ein Zuschlagsfaktor errechnet wird. Eine nach dem Kapitalanteil strukturierte Produktsteuer fällt entsprechend bei Industrieprodukten hoch, bei arbeitsintensiven Dienstleistungen deutlich niedriger aus. Es entstehen durch die Verbilligung der arbeitsintensiven Dienstleistungen auf lokalen und regionalen Märkten zusätzliche Arbeitsplätze. Die Steuereinnahmen steigen, Schwarzarbeit wird verdrängt. Im Zusammenspiel mit der Ressourcensteuer können sich für bestimmte Produktgruppen Zuschläge von bis zu dreißig Prozent ergeben. Die Produktsteuer kann in einer vereinfachten Struktur in Schritten von fünf Prozent gestaffelt werden und fördert dadurch den regionalen und globalen Wettbewerb innerhalb der Branchen.

Sämtliche Einfuhren erhalten jeweils den Zuschlag, der für die vergleichbaren heimischen Produkte erhoben wird, so daß steuerlich keinerlei Diskriminierung erfolgt. Zölle und Subventionen können vollständig abgeschafft werden, zumal auf die kapitalintensiv hergestellten heimischen und auf die eingeführten Agrarprodukte relativ hohe Zuschläge zu erwarten sind. Die Unternehmen zahlen nur dann Steuern, wenn Rohstoffe bezogen, Einkommen ausgezahlt oder indem konkrete Produkte auf dem Markt verkauft werden. Auf einbehaltene Gewinne der Unternehmen entfallen keine Steuern, so daß die Eigenkapitalbasis und damit die Entscheidungsfähigkeit der Unternehmen, u. a. im Hinblick auf Lohnerhöhungen oder Arbeitnehmerbeteiligungen, steuerlich verbessert wird.

Im Bereich der Kunst und Kultur kommt eine negative Produktsteuer zum Tragen, da diese Branchen aus gesellschaftspolitischer Sicht einheitlich gefördert werden sollen. Der Staat zahlt entsprechend der jeweils am Markt erzielten Einnahmen einen proportionalen Zuschlag, dessen einheitliche, eventuell auch gestaffelte Höhe politisch zu entscheiden ist. Erreicht das persönliche Einkommen das Niveau des Mindesteinkommens, so wird ab diesem Punkt die Einkommenssteuer wirksam.

Die Struktur der Produktsteuer berücksichtigt keinerlei soziale Aspekte, diese müssen über das zu entscheidende Niveau des Grundeinkommens geregelt werden. Dieses sollte möglichst in Volksabstimmungen entschieden werden. In einem kollektiven Abstimmungsprozeß wird dabei

aber nicht nur das Niveau der Grundeinkommen, sondern auch das notwendige Volumen der Einkommens- und Ressourcensteuer entschieden.

Die Einnahmen der strukturierten Produktsteuer dienen den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften als Zuschlagssteuer, um damit die zugeordneten öffentlichen Aufgaben zu finanzieren. Entsprechend ist die EU, der Bund, das Bundesland oder die Kommune berechtigt, bei der objektiv und einheitlich für die Branchen vorgegebenen Struktur den jeweils notwendigen Zuschlag zu erheben. Das Steuersystem wäre somit auch als Ausgangspunkt eines ohnehin notwendigen gemeinsamen Steuersystems innerhalb des Euro – Währungsraumes geeignet.

Das Grundeinkommen wird im Rahmen kollektiver Vereinbarungen nach dem Prinzip von Leistung und möglicher Gegenleistung vergeben. Das Steuerkonzept kann als Fundament eines neuen Gesellschaftsvertrages angesehen werden, indem der bürokratische Verwaltungsstaat durch ein sich selbst steuerndes System von Geldströmen abgelöst wird. Die Erwerbsbevölkerung zahlt nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip Einkommenssteuer, um damit eine Gegenleistung zum früher empfangenen Erziehungseinkommen zu erbringen. Die ältere Generation erhält eine Grundrente, weil sie ihr Leben lang einen Zuschlag auf die Nutzung der erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen geleistet hat. Die Erwerbsbevölkerung wird von der Gemeinschaft angemessen unterstützt, damit sie aus eigener Anstrengung und ohne Diskriminierungen das kollektiv festgelegte Mindesteinkommen erarbeiten kann. Für Personen mittleren Alters, die nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, das Mindesteinkommen zu erarbeiten, wird das Grundeinkommen von der jeweiligen Kommune für kommunale Arbeiten gezahlt.

Sämtliche Existenzgründer, insbesondere Studenten, können vom Staat ein zinsloses Existenzgründungsdarlehen in Anspruch nehmen, welches im späteren Erwerbsleben im Verlauf von zwanzig Jahren in gleichen Schritten zurückgezahlt wird. Mit dem Kapital kann auf der Grundlage eines freien Studienvertrages zum Beispiel ein Hochschulstudium finanziert werden. Somit werden in den Bereichen der Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Kultur jeweils neue, große und offizielle Märkte geschaffen, auf denen die jeweiligen Kunden aufgrund der einheitlichen Rahmenbedingungen freie Wahlentscheidungen treffen können und die Anbieter sich auf der Grundlage zivilrechtlicher Verträge dem Wettbewerb stellen.

Das Steuermodell ist auf den Prinzipien einer offenen Gesellschaft, insbesondere dem einer bürgernahen Verteilung der Entscheidungskompetenzen (Subsidiaritätsprinzip), dem der rechtlichen und steuerlichen Gleichbehandlung der Bürger sowie dem für staatliche Regulierungen vorgesehenen Transparenzgebot aufgebaut. Praktische Demokratie ergibt sich aus der Tatsache, daß die Bürger in sehr hohem Maße über das erarbeitete Geld selbst Entscheidungen treffen.